

PPP-Modell als anderer Ansatz für öffentliche Aufgaben

Tribüne



Jörg Kündig
(FDP) ist
Gemeinde-
präsident
von Gossau

Nicht nur in den Budgetberatungen, wie sie kürzlich gerade wieder vielenorts stattfanden, sind die Investitionen der öffentlichen Hand immer wieder Gegenstand von kontroversen Diskussionen. Sollen Projekte wie Strassen, Schulanlagen, Hallen- und Schwimmbäder, Mehrfachturnhallen, Sportanlagen, Feuerwehrgebäude und anderes mehr überhaupt in Angriff genommen werden? Von den Kritikern werden insbesondere die finanziellen Konsequenzen wie die Erhöhung der Schulden oder die Folgekosten durch Verzinsung, Amortisation und Unterhalt ins Feld geführt. Von Ausgaben zu lasten der nächsten Generation wird dann gerne gesprochen. Dass mit einem Verzicht auf die Investitionen den künftigen

Generationen einfach die Sanierungs- und Ersatzmassnahmen überbunden werden, wird gerne ausgeblendet. In diesem Spannungsfeld ist die öffentliche Hand gefordert, kreative Lösungen zu suchen. Das PPP-Modell könnte ein möglicher Ansatz sein.

PPP (Public Privat Partnership) umfasst die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und privaten Investoren. Es ist ein Lösungsansatz, insbesondere die Ressourcen wie Kapital, Betriebsmittel und Fachwissen im Sinne einer effizienten, optimalen Aufgabenerfüllung zu bündeln. Im grossen Stil wird die PPP angewendet bei bekannten Projekten wie Fussball- oder Eishockeystadien; kürzlich machte

die Stadionvorlage in Zürich entsprechende Schlagzeilen.

Warum soll das, was im Grossen funktioniert, nicht auch im Kleinen zur Anwendung gelangen? Dies bedingt allerdings, dass für beide Seiten ein Nutzen entsteht. Die öffentliche Hand kann so von den Investitionsaufwendungen entlastet werden, und Projekte können rascher realisiert werden, auch wenn knappe Budgets vorhanden sind. Private Partner profitieren von einer Werbeplattform und können sich möglicherweise auch finanziell attraktive neue Märkte erschliessen.

Natürlich bergen PPP-Modelle auch Risiken, und die öffentliche Hand hat diese nicht nur unter wirtschaftlichen, sondern

auch unter politischen Gesichtspunkten abzuwägen. Nicht alle Projekte sind gleich gut geeignet. Aber wieso soll beispielsweise ein Feuerwehrgebäude nicht von einem privaten Investor erstellt werden, wenn ihm gleichzeitig der Ertrag aus den in den oberen Geschossen entstehenden Wohnungen zugestanden wird?

Von den Gemeinden wird erwartet, dass sie ihre Aufgaben bestmöglich erfüllen und die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel optimal einsetzen. Das erfordert Führungsverantwortung, Kreativität, aber auch Offenheit für Neues wie eben PPP-Modelle. Es ist bedauerlich, dass der Gesetzgeber dazu tendiert, zu beschränken und nicht zu ermöglichen.